



Beschäftigung, soziale Angelegenheiten
und Chancengleichheit

Progress



„Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Arbeit von AkteurInnen“

Arbeitspapier für den

AK 3: NGOs

Rolle der NGOs

- Sind in der Präventivarbeit, Antidiskriminierungsarbeit und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt tätig
- Beispiele in Graz (Vereine)
- NGOs leisten maßgeblichen Beitrag zum öffentlichen Diskurs über Migration, Integration
- Sind nicht parteigebunden und arbeiten im Auftrag der öffentlichen Hand nicht gewinnorientiert!

Rahmenbedingungen

- Für alle: instabile finanzielle Situation
- Mangelnde Basisfinanzierung, spezifische Probleme je nach Zielgruppe und Größe der Organisationen können unterschiedlich sein (siehe auch DANAIDA: „nur“ Frauen“ und Kinder)
- Keine Möglichkeit für längerfristige Personelle und inhaltliche Planungen
- Unsicherheit der Arbeitsplätze bei NGOs. NGOs versuchen trotzdem Arbeitsplätze zu schaffen und zu halten, von denen die Leute leben können.
- Hohes Engagement der MitarbeiterInnen, Kreativität und Flexibilität gefordert, immer mit den vorhandenen Mitteln an die Bedürfnisse der Zielgruppen anzupassen
- Müssen immer wieder neue Projekte kreieren, oft wegen willkürlicher politischer Schwerpunktsetzung, die an Realität vorbeigeht. Altbewährtes wird kaum längerfristig finanziert

- Gefahr von prekären Arbeitsverhältnissen, Altersarmut (Frauen- Alterspension, Unterbrochene Erwerbsbiografien)

Folgen

- „KlientInnen, vorwiegend Menschen mit niedrigem Einkommen, bleiben auf der Strecke, Wegfall von Dienstleistungen bringt an anderer Stelle Kosten
- Gefährdung der Arbeitsplätze (auch für MigrantInnen, in den Einrichtungen arbeiten viele MigrantInnen)
- Andererseits wachsende „Konkurrenz“ durch marktorientierte „Firmen“ ohne Know How führt zu Qualitätsverlust
- Interessiert Politik wenig, wollen möglichst billig arbeiten
- Zuständigkeit aller Ebenen Stadt, Land, Bund führt zu Abschieben der Kosten auf Gemeinden

Maßnahmenempfehlung

- Kommunikation – Interesse an Inhalten - zwischen NGOs und Politik sollte selbstverständlich sein (regelmäßige Jour fixe, mind. zweimal jährlich)
- Know How der NGOs stärker in den politischen Entscheidungsprozess einfließen lassen
- Klares Bekenntnis und Wertschätzung der Arbeit der NGOs durch gezielte Informations- und Öffentlichkeitsarbeit (Vorbildfunktion der Politik)
- Bereitschaft zu ausreichender, längerfristiger Finanzierung durch mehrjährige Kooperationsverträge
- Klare und zeitgerechte Stellungnahmen gegen Diskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit
- Bereitschaft den Europäischen Kontext stärker zu berücksichtigen und mit den EU-Stellen intensiver als zuvor zu kooperieren
- Stärkere Kooperation zwischen den NGOs um ihre Angebote besser abstimmen zu können
- Förderung der interkulturellen Öffnung bei den NGOs (Ressourcen von MigrantInnen nutzen)
- Sicherstellung der Finanzierung für die Weiterbildung von MitarbeiterInnen
- Bei der Auftragserteilung seitens der öffentlichen Hand die Qualität des Angebots (Themenzugang, Klientenorientierung und Verankerung in der AkteurInnenlandschaft) stärker berücksichtigen